

## Interview

„Es gibt noch viele inhaltliche Defizite“

Macht eine Volksbefragung in der Steiermark Sinn? Das haben wir den renommierten Politikwissenschaftler Peter Filzmaier gefragt.

Was sagt der Politikexperte zur im Spätsommer geplanten Volksbefragung in der Steiermark?

Klares Ja von mir dazu, denn eine Stärkung der direkten Demokratie ist immer gut. Allerdings greift man in Österreich immer dann auf sie zurück, wenn es politisch opportun erscheint. So war die FPÖ immer für direkte Mitbestimmung – bis sie in der Regierung saß. Außerdem ist die Sache rechtlich nicht unproblematisch. Ich habe manchmal das Gefühl, man müsste die Politiker an der Hand nehmen und sie sorgsam in Richtung Direktdemokratie führen.

Welche Probleme sehen Sie auf die Steiermark zukommen?

Mich erinnert die aktuelle Situation an die letzte

Volksbefragung im Jahr 2012 in Graz, als man die Bürger der Landeshauptstadt zum Verkauf der Reininghausgründe und einer möglichen Umweltzone in der Innenstadt online abstimmen ließ. Mit dem Schönheitsfehler, dass man das Volksrechtsgesetz aus den 1960er-Jahren nicht beachtete, das – historisch erklärbar – ein Onlinevotum nicht vorsah. Und schon bewegte man sich im rechtswidrigen Raum.

Ist das alles nicht auch viel zu kurzfristig?

Mir erscheint es als Horruck-Aktion, aufgrund des bestehenden Zeitdrucks kommen wichtige Diskussionen viel zu kurz. Fraglich ist etwa, was passiert, wenn die Stadt Graz dagegen, Schladming aber dafür ist. Oder was man in den anderen an Olympia 2026 beteiligten Bundesländern bzw. Veranstaltungsorten dazu sagt. Über das Wie hat man sich keine Gedanken gemacht, hier orte ich viele inhaltliche Defizite.

Und: Dass man bewusst auf eine nicht bindende Volksbefragung setzt, ist auch ein Signal.

Gerald Schwaiger

© Politikwissenschaftler Peter Filzmaier analysiert.



Foto: Peter Tomschi

# Land stellt klar: Volksbefragung wohl im September

Noch ist er nicht fix, über den Termin für die steiermarkweite Olympiabefragung wird aber viel spekuliert. Am wahrscheinlichsten sind der 9. oder der 23. September. Die Landesregierung stellte am Dienstag nochmals klar: Man habe kein Geld für Olympia. Und für die KP gilt das olympische Motto: „Dabei sein ist alles.“

Die Kommunisten versuchten am Dienstag, die landesweite Volksbefragung zur Olympia-Bewerbung als Erfolg für sich zu verbuchen – indem sie medienwirksam einen dicken Stapel mit Unterschriftenlisten in die Kameras hielten. „Wir haben unser Ziel erreicht“, sagt die Grazer Stadträtin Elke Kahr (KP). Genau 11.031 Unterschriften haben die

Kommunisten laut eigenen Angaben in den letzten Monaten gesammelt – mehr als genug, um in der steirischen Hauptstadt einen Volksentscheid zu erzwingen.

Der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (VP) hatte eine Befragung stets abgelehnt. Die Kommunisten starteten deswegen eine Unterschriftenaktion. Sie wollten die Unterschriften



Eber, Klimt-Weithaler, Kahr (v. l.) und ein Pack Unterschriften

## Der Weg zu den Winterspielen



23. Jänner:

Olympia-Bewerbung wird verkündet

15. März:

Grundsatzbeschluss im Grazer Gemeinderat

29. März:

Absichtserklärung wird eingereicht

28. Juni:

Machbarkeitsstudie liegt vor

